

Beziehungsraum Schule

Enquete des Hilfswerks, 19. November 2015, Leopold Museum

Der Präsident des Hilfswerks Österreich **Mag. Othmar Karas** verweist in einer Videobotschaft auf die Bedeutung des Bildungswesens und bemängelt, dass im Bildungsprogramm der Bundesregierung die sozialen Themen fehlen. Er sieht im Programm aber ohnedies nur einen Startschuss für weitere Diskussionen und hofft, dass man sich bald mit Inhalten befassen werde.

Der erste Referent, **Dr. Hilarion G. Petzold** aus der Schweiz kann aufgrund eines am Vortag erlittenen Unfalls seinen Vortrag nicht halten.

Dr. Michaela Marterer, Geschäftsführerin der steirischen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, und **FH Prof.Dipl.Soz.-Päd. Johanna Coulin-Kuglitsch** sprechen zum Thema „**Soziale Arbeit an Schulen: Wo steht Österreich?**“

Seit Mai 2013 gibt es das Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetz. Da soziale Arbeit Ländersache ist, mussten die Länder Ausführungsgesetze erlassen, die unterschiedlich ausfielen. In NÖ, OÖ, Kärnten, Tirol und Vorarlberg kommt das Wort Schulsozialarbeit vor, in den übrigen Bundesländern nicht. Im Schulpflichtgesetz wird an zwei Stellen auf die Kooperation mit der Jugendwohlfahrt und die Einbindung von Beratungslehrern, Psychagogen und die Schulsozialarbeit verwiesen.

Marterer stellt dann das Vernetzungsprojekt „Die Entwicklungspartnerschaft“ vor, das 2010 startete. Ziel ist die Verminderung von Schulverweigerung und Schulabsentismus. Ausgewählt wurden neun NMS und fünf Handelsschulen aus Kärnten, NÖ, Salzburg, Vorarlberg und Wien. Bisher fanden zwei Fachtagungen (2012 und 2014), eine wissenschaftliche Enquete (2013) und mehrere Vernetzungstreffen statt. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet. 2011 wurde bei der ersten Erhebung festgestellt, dass nur 4% der Schülerinnen und Schüler in den Genuss schulischer Sozialarbeit kamen.

Bei schulischer Sozialarbeit können vier Modelle der Trägerschaft unterschieden werden:

- Schulischer Träger (Anbindung an die Schulbehörde), Dienst- und Fachaufsicht durch SSR; Wien
- Anbindung an die Kinder- und Jugendhilfe, Dienst- und Fachaufsicht durch KJH; OÖ
- Verein/Organisation: Sozialarbeiter bei Vereinen/Organisationen angestellt, Dienstaufsicht: Verein/Org., Fachaufsicht: Kinder- und Jugendhilfe; NÖ, Kärnten
- Verein/Organisation: Sozialarbeiter bei Vereinen/Organisationen angestellt, Dienst- und Fachaufsicht durch den Verein/die Org.; Steiermark, Salzburg

Bezahlung Steuerungsgremien und Steuerungsgruppen sind je Bundesland unterschiedlich.

Bereits jetzt gebe es eine große Vielfalt an Beratungs- und Unterstützungsleistungen an den Schulen, aber die Betreuungsanforderungen stiegen von Jahr zu Jahr. Eine Person betreut zwischen 350 und 1950 Kinder und Jugendliche. Der größte Bedarf war in den Pflichtschulen der 10 bis 14jährigen gegeben.

Marterer wünscht sich, dass die Schulsozialarbeit im System verankert werde und es österreichweit gültige Rahmengesetze gebe. Das Angebot in Österreich solle vergleichbar sein, die Finanzierung sicher gestellt werden. An den Standorten müsse die Zusammenarbeit zwischen allen Unterstützungssystemen geklärt werden.

Coulin-Kuglitsch begann 1994 mit der ersten Lehrveranstaltung für Schulsozialarbeit, die aber in Österreich noch immer nicht zum Standard gehöre wie in Deutschland oder der Schweiz. In der sozialen Arbeit sieht sie die Zusammenführung von Sozialarbeit und Sozialpädagogik.

2013/14 gab es in Österreich 5 863 Schulen mit 55 545 Klassen, in denen 120 691 Lehrpersonen unterrichteten und die von 1 113 937 Kindern und Jugendlichen besucht wurden. Ein straff organisiertes Schulsystem sei mit widersprüchlichen Anforderungen (Chancengleichheit versus Selektion,

Gemeinschaft versus Konkurrenz) konfrontiert.

Seit dem Bericht von 2011 wurde die Schulsozialarbeit weiter ausgebaut, es gibt sie in NÖ in allen Berufsschulen, in der Steiermark gibt es 37 Schulsozialarbeiter/innen für 100 Schulen, in Tirol wurde die Zahl auf 20 verdoppelt. 320 Schüler/innen auf eine Vollzeitstelle sei gut, 1 900 aber indiskutabel. Beim Wiener Stadtschulrat könne man die Schulsozialarbeiter nicht finden, er verstecke sie. Die Angebote richten sich primär an Kinder und Jugendliche, die Kooperation mit den Erziehungsberechtigten und den Lehrpersonen sei aber sehr wichtig.

Die wichtigsten Aufgabengebiete der Schulsozialarbeit:

Information, Beratung, Krisenintervention, Konfliktberatung, Schulverweigerung, Streitschlichtung, Moderation mit den Lehrer/innen, Elternarbeit, Netzwerkarbeit, Dokumentation und Evaluierung.

Die Frage „Warum verhalten sich Kinder so, wie sie sich verhalten?“ muss geklärt werden.

Die Arbeit mit Eltern sei besonders wichtig, man müsse den Eltern Angebote z. B. in Form eines Elterncafés machen um sie zu erreichen. Es gelte die Kinder und Jugendlichen zu begleiten, sie zu unterstützen, den Schulalltag erfolgreich bewältigen zu können. Die Ursachen für die Probleme lägen oft im familiären Umfeld, in prekären Lebenssituationen (Armutgefährdung), in einer zunehmenden Entsolidarisierung und Individualisierung. Auch Gewalt an Kindern sei immer noch Thema. Die Kinder und Jugendlichen können sich auf die Verschwiegenheit der Sozialarbeiter/innen verlassen. Der Zugang zu ihnen ist freiwillig, außer in Gefährdungssituationen. Die Arbeitsweisen werden dem Schulstandort angepasst.

Es gelte in Zukunft grundlegende Standards zu schaffen, aber auch Planungssicherheit für die Sozialarbeiter/innen durch mehrjährige Verträge herzustellen.

Sozialarbeiter/innen solle man als Menschen sehen, die zu einer Verbesserung der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen beitragen, für die Lehrpersonen Entlastung bedeuten und für die Eltern Ansprechpartner sein können.

Eine **Elternvertreterin** vom Landesverband der Wiener Pflichtschulen meint, dass Eltern in schwierigen Situationen oft Angst hätten sich an Sozialarbeiter/innen zu wenden, da sie eine Meldung beim Jugendamt fürchten. Ein **Teilnehmer** fragt nach Angeboten im Kindergarten. Diese gibt es noch nicht, antwortet **Coughlin-Kuglitsch**. Eine **Teilnehmerin** spricht die Problematik an, den Kontakt zu den Eltern herstellen zu können. **Reinhard Neumayer** vom Amt der niederösterreichischen Landesregierung, berichtet, dass in NÖ die Schulsozialarbeit vor allem als ein Mittel zur Prävention gesehen werde. Schulen, die Unterstützung wollen, bekommen sie, aufoktroziert werde nichts. Dafür bedankt sich eine **Elternvertreterin** vom Landesverband NÖ. Ein **Lehrer** einer Polytechnischen Schule meint, dass das System durchaus auch verordnet werden könne, da die Eltern seiner Schule überhaupt nicht wüssten, was es gibt. Ein **Teilnehmer** fragt, ob auch Schüler/innen die mit Lehrer/innen Probleme hätten, kommen könnten und wie man da vorgehe. **Coughlin-Kuglitsch** antwortet, dass dies oft schwierig sei, man gemeinsame Gespräche vorschlage, aber manchmal auch nicht helfen könne. Ein **Teilnehmer** aus Deutschland meint, man solle den Dialog mit den Schüler/innen ausbauen, diese hätten oft selbst gute Lösungsideen. Eine **Teilnehmerin** aus NÖ berichtet, dass es zu Beginn ihrer Tätigkeit Akzeptanzprobleme gab, die sich aber gelegt hätten. Ein andere **Teilnehmerin** schlägt vor die Eltern zu einer Jause einzuladen. Ein **Vertreter** einer Privatschule fragt, was Schulsozialarbeiter eigentlich dürfen. Manche Eltern seien froh, andere sagen „Das geht sie nichts an“. **Coughlin-Kuglitsch** antwortet, bei Gefährdung müsse eingeschritten werden. Ein ehemaliger **Schülervertreter** meint, dass es für Schüler/innen unangenehm sei sich an Sozialarbeiter/innen zu wenden. **Neumayer** erläutert, dass die Arbeitsweise der Sozialarbeiter/innen genau definiert werden müsse. Man könne diese während oder nach dem Unterricht aufsuchen. Schüler/innen über 14 dürfen die Beratung auch ohne Einverständnis der Eltern in Anspruch nehmen, Schüler/innen unter 14 nur für ein Erstgespräch. Es können aber Erstgespräche zu verschiedenen Themen geführt werden. Bei einer Gefährdung des Kindeswohls müssen Lehrer/innen und Sozialarbeiter/innen sich auf jeden Fall an das Jugendamt wenden.

Am Nachmittag folgt ein **Stakeholder Panel** mit Mag. Jürgen Horschinegg (BMBF), Dr. Reinhard Neumayer, Paul Kimberger (Gewerkschaft Pflichtschullehrer), Maximilian Gnesda (Bundesschulsprecher), Mag. Christian Morawek (Dachverband der Elternvereine), Dr. Christian Friesl (Industriellenvereinigung, Neustart Schule), Mag. Paul Gumhalter (Hilfswerk), Dr. Michaela Marterer, Prof. (FH) Johanna Coughlin-Kuglitsch. Sie sollen zu drei Fragen Stellung nehmen.

Was ist die wichtigste Aufgabenstellung für soziale Arbeit an der Schule?

Gnesda sieht vor allem die Notwendigkeit von Ansprechpersonen wenn Schüler/innen Sorgen haben. Laut einer OECD Studie gaben 21% an, dass sie mindestens zwei Mal im Lauf ihrer Schulzeit gemobbt wurden. **Morawek** sieht die Hauptaufgabe der Schulsozialarbeit in der Prävention und in der Möglichkeit, in die Schule auch die Außensicht einzubringen. Laut **Kimberger** gibt es immer neue Anforderungen an die Schule, die einen größeren Bedarf an Unterstützung zur Folge haben. **Gumhalter** sieht in dem Anbieten eines zusätzlichen Beziehungs- und Beratungsraumes in der Schule zur Besprechung von Problemen eine Entlastung für Schüler/innen und Lehrer/innen. **Horschinegg** meint, dass Sozialarbeiter/innen ihre Aufmerksamkeit auf einzelne Personen fokussieren könnten, Lehrer/innen müssten das immer auf eine Gruppe tun. Niemand könne an der Schule alles allein tun. **Neumayer** betont erneut den Wert der Prävention. Da Jugendliche eher nicht in Beratungsstellen gingen, komme die Sozialarbeit in die Schule, für die, die sie wollen. **Friesl** hat selbst eine Ausbildung zum Sozialarbeiter gemacht. Soziale Arbeit trage zur Bildung bei und die Industrie brauche umfassend gebildete Menschen. **Marterer** spricht sich dafür aus, dass an der Schule die Beziehung zu den Sozialarbeiter/innen aufgebaut werden müssten, Schüler/innen würden dann „zur Pamela und zum Philipp“ gehen. **Coughlin-Kuglitsch** möchte Schulsozialarbeit als Teil eines Gesamtkonzeptes sehen. Schule solle vom Bunker zum Beziehungsraum werden.

Welche Hindernisse gibt es?

Gnesda glaubt nicht, dass Schüler/innen „zur Pamela und zum Philipp gehen würden“, keinesfalls während des Unterrichts aus Angst vor der Reaktion der Klassengemeinschaft. Keine Schule werde die 5% vom Lehrpersonal zum Unterstützungspersonal umwidmen, es werde ein eigenes Budget gebraucht. Wenn der Schulsozialarbeiter erst dann kommt, wenn etwas passiert ist, bedeutet das eine Blockade, argumentiert **Morawek**. Es dürfe keine Weisungsgebundenheit geben, aber eine gute Zusammenarbeit mit der Schule. **Kimberger** schließt sich bezüglich der Verwendung der 5% **Gnesda** an. Österreich sei beim Unterstützungspersonal absolutes Schlusslicht im OECD Bereich. Um auf den OECD Durchschnitt zu kommen, brauche man um 12 000 bis 13 000 Fachleute mehr. Die zwei Systeme Pädagogik und Sozialarbeit müssten zusammenwachsen. Lehrer/innen seien zum Beispiel für den Umgang mit traumatisierten Kindern nicht ausgebildet. **Gumhalter** meint, dass Direktor/innen vereinzelt meinen, die Lehrer/innen könnten die Probleme allein lösen. **Horschinegg** bedauert, dass sich in den Schulen oft alle voneinander abgrenzen wollen. Da müsse umstrukturiert werden. Man werde sehen, wie eine Umwidmung der Ressourcen funktionieren werde. Man könne z.B. Expert/innen an die Schulen holen. **Neumayer** kritisiert die Mängelverwaltung. Weil eine Schule Sozialarbeiter/innen bekam, wurde ihr die Beratungslehrerin weggenommen. Bildung bis ins kleinste Detail zu steuern sei eine Illusion, meint **Friesl**. Die Verantwortung liege beim Schulstandort. Er lobt Finnland und seine Gesamtschule. **Marterer** sieht Probleme im Fehlen von klaren und deutlichen Leistungsvereinbarungen, **Coughlin-Kuglitsch** warnt davor zu glauben Schulsozialarbeit könne alles regeln. Das Mobbingproblem in Österreich bestürzt sie.

Was würden Sie tun wenn Sie in dem Bereich allein entscheiden könnten?

Gnesda würde mehr Sozialarbeiter/innen an die Schulen schicken und deren Image aufwerten. Er widerspricht Friesl, dass eine Gesamtschule die Probleme an den Schulen lösen würde. Finnland solle man sich als Vorbild in Bezug auf Unterstützungspersonal nehmen. **Morawek** möchte keine

Schuldzuweisungen, aber mehr Sozialarbeiter/innen. **Kimberger** betont das Zusammenwachsen der Systeme, aber man dürfe den Sozialarbeiter/innen nicht alles zuschieben, da seien auch sie überfordert. Er würde ein Unterstützungspersonal nach internationalem Vorbild einrichten und Soziales Lernen verstärken. Er setzt große Hoffnung in die neue Lehrerbildung. **Gumhalter** wünscht sich mehr Geld und mehr Stunden für Sozialarbeit an Schulen. **Horschinegg** würde kein Geld ins bestehende System stecken, sondern das System ändern. In Norwegen sei es Aufgabe der Kommunen sich um Kinder/Jugendliche mit Problemen zu kümmern. **Neumayer** meint, es solle nicht nur ums Geld gehen. Man müsse schauen, wer ein Problem habe und warum. Niemand sollte Angst haben Hilfe in Anspruch zu nehmen. **Friesl** würde die pro Kopf Finanzierung im Schulsystem einführen, plus zusätzlicher Unterstützung wo sie nötig ist. Außerdem müsse mehr Transparenz herrschen wohin das Geld fließe. **Marterer** würde Rahmengesetze schaffen und Zuständigkeiten klären. **Coughlin-Kuglitsch** wünscht sich einen konstruktiveren Zugang zum Thema und ein Wegkommen von der Defizitorientierung der Schule.

Ein **Teilnehmer** meint, dass es in Österreich viele tolle Projekte gebe, man müsse nicht immer nach Skandinavien schauen. Eine **AHS Lehrerin** sieht sich als Bindeglied zwischen Kind und Sozialarbeiter/in, wünscht sich aber mehr Fortbildung. Die **Elternvertreterin** des Wiener Pflichtschul Elternverbandes meint, in Finnland gebe es eine engere Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern. Sie spricht sich für die inklusive Schule aus. Eine **Sozialarbeiterin** aus Wien beklagt ihre schwierige berufliche Situation. Sie werde immer nur für ein Jahr angestellt. In NÖ werde für drei Jahre bei Vereinen angestellt, erwidert **Neumayer**. Eine **Teilnehmerin** meint abschließend, die Veranstaltung habe ihr gezeigt, dass es in diesem Bereich ein typisch österreichisches „Gewurschtel“ gebe wo jedes Bundesland seine eigenen Wege gehe.

Dr. Christine Krawarik